

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Irmer, Günther Friedrich Nolting, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/3355 –**

Haltung der Bundesregierung zu den US-Plänen einer nationalen Raketenabwehr

Seit Jahresbeginn wird die internationale sicherheitspolitische Debatte von den Plänen der amerikanischen Regierung für die Entwicklung eines nationalen Raketenabwehrsystems (National Missile Defence – NMD) beherrscht. Aus amerikanischer Sicht ist NMD grundsätzlich mit dem ABM-Vertrag von 1972 vereinbar, weil es nicht die strategische Stabilität zwischen Russland und den USA beeinträchtigt, sondern lediglich den Schutz vor potentiellen Raketenangriffen so genannter „Schurkenstaaten“ bezweckt. Die russische Regierung hält NMD nicht für ABM-kompatibel und hat angekündigt, sie werde einer derartigen Änderung des ABM-Vertrages nicht zustimmen. Außenminister Igor Iwanow hat darüber hinaus erklärt, Russland sei zu einem „nichtpolitischen“ Gegenschlag bereit und verfüge hierfür sowohl über die erforderlichen finanziellen als auch technischen Mittel. Nach Aussage des Sicherheitsberaters von Präsident Putin, Fjodorow, wäre Russland in der Lage, sein nukleares Arsenal innerhalb eines halben Jahres zu modernisieren.

Nach Einschätzungen des Londoner Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) könnten die umstrittenen NMD-Pläne zu einer ernsthaften Belastung des Nordatlantischen Bündnisses führen. Der EU-Koordinator für Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, erklärte jüngst in Washington, die NMD-Pläne ließen in Europa das Gefühl aufkommen, Washington wolle sich von Europa abkoppeln. Es kann nicht zugelassen werden, dass es durch eine unilaterale, mit den Bündnispartnern nicht abgestimmte und eher innenpolitisch orientierte US-amerikanische Entscheidung zu einer ernsthaften Belastung der Allianz mit unabsehbaren Konsequenzen für die weltweiten Abrüstungsbemühungen kommt. Mit Ausnahme von Japan, das in die Entwicklung der Anti-Raketen-Rakete einbezogen werden soll, und von Südkorea sowie Taiwan, die wegen ihrer besonderen geostrategischen Position die Raketen zum eigenen Schutz schätzen würden, ist bislang international nur Kritik an den amerikanischen Plänen deutlich geworden.

Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der bevorstehenden weiteren Gespräche zwischen Washington und Moskau ist es dringend erforderlich, dass die Bundesregierung ihre Position zu diesem Fragenkomplex definiert

und ihren Einfluss sowohl auf die NATO-Partner und die US-Administration als auch auf die neue Regierung in Moskau nutzt, um zu einer Regelung beizutragen, die weder die transatlantischen Beziehungen belastet noch die Aufkündigung des ABM-Vertrages durch Russland zur Folge hätte. Bisher liegt jedoch weder eine offizielle Stellungnahme der Bundesregierung vor noch hat sie erkennen lassen, in welcher Weise sie gedenkt, an der Beilegung des drohenden sicherheitspolitischen Konfliktes mitzuwirken. Gerade von einer Bundesregierung, die die internationale Abrüstung zu einer der obersten Prioritäten ihrer Außen- und Sicherheitspolitik erklärt hat, muss ein aktives Engagement in diesem Bereich erwartet werden.

1. Welche Haltung hat die Bundesregierung zu den Plänen der US-Regierung zum Aufbau des nationalen Raketenabwehrsystems NMD eingenommen?

Die Bundesregierung nimmt die potenziellen Auswirkungen des geplanten Aufbaus eines begrenzten nationalen Raketenabwehrsystems (NMD) sehr ernst. Sie hat bereits frühzeitig gegenüber den Vereinigten Staaten deutlich gemacht, dass dieses Vorhaben und die amerikanisch-russischen Gespräche zur Anpassung des ABM-Vertrages und zur Fortsetzung des START-Prozesses von herausragender Bedeutung für die Zukunft des nuklearen Abrüstungsprozesses, für Erhalt und Stärkung des weltweiten Nichtverbreitungsregimes und für Kohäsion und Handlungsfähigkeit des transatlantischen Sicherheitsverbunds sind.

Vor allem auf Drängen der Bundesregierung wurde im Bündnis ein intensiver Konsultationsprozess eingeleitet, um fortgesetzte enge Information und intensive inhaltliche Befassung des Bündnisses mit allen Aspekten dieses Themas zu gewährleisten. Insbesondere wird dieser Konsultationsprozess genutzt, um die Interessen der europäischen Bündnispartner für die Entscheidung des Präsidenten der Vereinigten Staaten über das weitere Vorgehen voll zum Tragen zu bringen.

Die Bundesregierung betrachtet den ABM-Vertrag als Eckpfeiler strategischer Stabilität und transatlantischer Sicherheit. Der Erhalt der Substanz des ABM-Vertrages bildet die Grundlage für die Fortsetzung der nuklearen Abrüstung im Rahmen des START-Prozesses, der auch zu verbindlichen Abreden über taktische Nuklearwaffen und zu mehr Transparenz und größerer Sicherheit führen soll.

Auch die Zukunft der nuklearen Nichtverbreitungsverträge (NVV, CTBT, Cut off) ist eng mit dem Erhalt des ABM-Vertrages verknüpft. Eine Beeinträchtigung des Verhältnisses zu Russland mit möglichen abträglichen Wirkungen auf Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung muss vermieden werden. Dies gilt auch für potenzielle Auswirkungen im Verhältnis zu China und für die südostasiatische Region.

Der Bundeskanzler hat die Position der Bundesregierung zum geplanten Aufbau eines begrenzten nationalen Raketenabwehrsystems (NMD) mit Präsident Clinton bei dessen Deutschlandbesuch (1. bis 3. Juni 2000) umfassend erörtert.

2. Welche sicherheits- und abrüstungspolitischen Auswirkungen wären nach Auffassung der Bundesregierung von der Durchführung des NMD-Programms zu erwarten?

Die sicherheits- und abrüstungspolitischen Auswirkungen einer Realisierung des NMD-Programms hängen von zahlreichen, im aktuellen Stadium nicht antizipierbaren Faktoren ab. Sowohl der genaue Zeitpunkt als auch der Inhalt

einer Entscheidung des Präsidenten der Vereinigten Staaten über das weitere Vorgehen sind offen. Sie wird insbesondere von der ausstehenden Bewertung der technischen Realisierbarkeit und der Klärung der politischen Rahmenbedingungen abhängen.

Die Vereinigten Staaten führen derzeit intensive Gespräche mit der Russischen Föderation über die angestrebte Modifikation des ABM-Vertrages und die Fortsetzung des START-Prozesses. Sie erörtern das NMD-Vorhaben auch mit der Volksrepublik China. Vor diesem Hintergrund tritt die Bundesregierung gegenüber den Vereinigten Staaten nachdrücklich dafür ein, bei ihrem weiteren Vorgehen die in der Antwort zu Frage 1 dargestellten deutschen und europäischen Interessen zu wahren.

3. Hält die Bundesregierung das geplante NMD-Programm für vereinbar mit dem ABM-Vertrag?

Der angestrebte flächendeckende Schutz des gesamten Staatsgebietes der Vereinigten Staaten durch eine begrenzte nationale Raketenabwehr (NMD) sowie einige Komponenten der Systemarchitektur sind mit dem geltenden Regelwerk des ABM-Vertrages nicht vereinbar. Die Vereinigten Staaten suchen daher in Gesprächen mit der Russischen Föderation die für die Verwirklichung des NMD-Vorhabens erforderlichen Modifikationen zu erreichen.

4. Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Haltung der Regierung der Russischen Föderation, wonach eine Änderung oder Ergänzung des ABM-Vertrages nicht in Frage kommt?
5. Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Aussage des russischen Außenministers, Russland sei zu einem nichtpolitischen Gegenschlag bereit, falls die USA weiter auf einer Änderung des ABM-Vertrages bestünden?

Das Ergebnis der laufenden intensiven bilateralen Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation steht noch nicht fest. Auch die Russische Föderation ist aufgefordert, ihre Verantwortung für die Fortsetzung der nuklearen Abrüstung im Rahmen des START-Prozesses wahrzunehmen.

6. Teilt die Bundesregierung die Auffassung des EU-Koordinators für Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, wonach die Durchführung des NMD-Programms in Europa das Gefühl auslösen könnte, dass sich Washington von Europa abkoppeln wolle?
7. Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung des IISS, wonach die NMD-Pläne geeignet seien, einen neuen Keil zwischen die transatlantischen Beziehungen zu treiben?

8. Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Javier Solana, dass es Europa begrüßen würde, wenn der Aufbau des NMB-Abwehrsystems in einer Weise erfolgt, dass der ABM-Vertrag nicht beeinträchtigt und die transatlantischen Beziehungen nicht belastet würden?

Der Erhalt eines starken transatlantischen Verhältnisses und die Gewährleistung gemeinsamer Sicherheit liegt sowohl im Interesse der Vereinigten Staaten als auch Kanadas und der europäischen Bündnispartner. Hierüber besteht auch im Zuge der laufenden Bündniskonsultationen einhelliger Konsens. Die Bundesregierung erwartet, dass die Vereinigten Staaten diesem herausragenden Gesichtspunkt bei Entscheidungen im Zusammenhang mit den Planungen für eine begrenzte nationale Raketenabwehr Rechnung tragen werden.

9. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass im Vorfeld der amerikanisch-russischen Gespräche über NMD alles getan werden muss, um darauf hinzuwirken, dass beide Seiten zu einer sicherheits- und abrüstungspolitisch vertretbaren Lösung gelangen?

Ja.

10. Ist die Bundesregierung bereit, ihre herausgehobenen Beziehungen sowohl zur Russischen Föderation als auch zu den USA zu nutzen, um auf den russisch-amerikanischen Dissens vermittelnd einzuwirken?
11. Welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zu ergreifen?

Die Bundesregierung wird ihre Haltung in den Bündniskonsultationen und in bilateralen Kontakten mit den USA, aber auch gegenüber der Russischen Föderation weiter mit Nachdruck vertreten. Vorrangiges Ziel ist es dabei, auf eine Einigung in den laufenden bilateralen amerikanisch-russischen Gesprächen hinzuwirken, die den Erhalt der Substanz des ABM-Vertrages und die Fortsetzung nuklearer Abrüstung ermöglicht.

12. Teilt die Bundesregierung die den NMD-Plänen zugrunde liegende Bedrohungsanalyse der amerikanischen Regierung, wonach jedenfalls für die USA ein Abwehrsystem gegen Raketenangriffe so genannter „Schurkenstaaten“ für erforderlich gehalten wird?

Die USA sehen zunehmende Bedrohungen aus der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und weitreichender Trägertechnologie für das US-Staatsgebiet, durch die bei Fortsetzung dieser Entwicklung die politische und militärische Handlungsfähigkeit der USA und der Schutz ihrer Verbündeten beeinträchtigt werden könnte. Diese Risikoanalyse, die für das US-Territorium grundsätzlich nachvollziehbar erscheint, ist ebenso wie daraus zu ziehende Schlussfolgerungen Gegenstand der laufenden Bündniskonsultationen.

Im Übrigen benutzen die USA den Begriff „Schurkenstaaten“ nicht mehr und haben ihn durch den Begriff „Risikostaat“ ersetzt.

13. Hält die Bundesregierung ein ähnliches Bedrohungsszenario für die Bundesrepublik Deutschland und die Partnerstaaten in der Europäischen Union für wahrscheinlich?

14. In welcher Weise hat die Bundesregierung auf das Angebot der US-Administration reagiert, gemeinsam an der Entwicklung eines so genannten „Theater Missile Defense“-Systems in Europa zu arbeiten?

Ein solches Angebot ist der Bundesregierung nicht bekannt. Kooperationsmaßnahmen zwischen europäischen NATO-Staaten und den USA zum Schutz von Truppen in Krisenregionen vor ballistischen Flugkörpern (Theater Missile Defence/TMD) finden jedoch seit längerem im Rahmen der erweiterten integrierten Luftverteidigung des Bündnisses statt. Deutschland und die USA arbeiten gemeinsam mit Italien an der Entwicklung eines Medium Extended Air Defence Systems (MEADS), das gegen Ende des Jahrzehnts eingeführt werden soll. MEADS wird mit seiner Mobilität, seiner strategischen Verlegbarkeit mit nationalen Lufttransportmitteln und einer flexiblen Systemarchitektur in besonderem Maße für Einsätze im Rahmen der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung befähigt sein.

